



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 317. Morgen-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 11. Juli 1879.

Die verlogene Preßagitation.

Fürst Bismarck liebt starke Ausdrücke, und die Presse ist vorzugsweise das Feld, auf welchem er sie anzuwenden gewohnt ist. Es hat uns daher auch nicht gewundert, auch nicht garabzu verlegt, daß er in seiner letzten Rede von einer „unerhörten und verlogenen Preßagitation“ spricht; sie sind stark, diese Ausdrücke, aber sie liegen im Wesen des Reichskanzlers, und seine eigentliche Natur kann kein Mensch sofort ändern. Die Presse hat, seitdem man sie „frei“ nennt, — wir sagen nicht: seitdem sie „frei“ ist — also seit dem Jahre 1848, so viel über sich ergehen lassen müssen, so viele Schläge erduldet und so viele Maßregelungen ertragen, daß sie auch über die „unerhörte Verlogenheit“ hinwegsehen kann, selbst wenn ihr der Vorwurf — so ziemlich der stärkste, der ihr bis jetzt gemacht worden ist — vom Fürsten Bismarck gemacht wird. Seitdem von einer Presse in Deutschland überhaupt die Rede ist, ist noch kein Minister so lange, so consequent und so andauernd unterstützt worden, als gerade Fürst Bismarck; wir reden hier speciell von der liberalen Presse; gegen diese speciell ist ja auch der Vorwurf gerichtet, oder — sagen wir — von der nationalliberalen, Fortschritt- und demokratischen Presse, denn das ist ja Alles seit dem ganz neuerdings erfundenen Trifolium Richter-Lasker-Bebel, zu welchem im Stillen auch Förckenbeck sammt dem „hatkräftigen Bürgerthum“ gerechnet wird, einerlei.

Seit 18 Jahren, sagte der Reichskanzler, habe ich an der Einheit Deutschlands und an seiner Consolidirung gearbeitet — nun, und in diesen 18 Jahren ist er auf das Eigigste von der liberalen Presse gegen die conservative Presse, gegen die Reihen seiner jetzigen Freunde unterstützt worden. Und warum heute die „unerhörte und verlogene Preßagitation“? Mein Gott, was ist denn geschehen? Wie hat sich denn die Situation so außerordentlich und so schnell verändert? Was hat denn der Reichskanzler gethan? Er hat, an praktische Geschäfte gewöhnt, der Presse und dem Parlamente „eine einfache, praktische wirtschaftliche Maßregel“ vorgeschlagen. „Eine einfache, praktische wirtschaftliche Maßregel“ — so nennt der Reichskanzler die Umkehr der volkswirtschaftlichen Politik, welche Preußen seit sechzig Jahren befolgt hat, und durch welche Preußen mit Ausnahme der letzten, selbst verschuldeten Jahre zu einem außerordentlichen Wohlstande und einer eminenten Blüthe seines Handels und seiner Industrie gelangt ist. „Eine einfache, praktische Maßregel“ soll die volkswirtschaftliche Forderung Preußens und Deutschlands, der unvermittelte Uebergang von dem System des Freihandels zu dem des Schutzzollens sein? Dann möchten wir wohl wissen, was der Reichskanzler unter einer zusammengesetzten, Alles auf den Kopf stellenden Geseßgebung versteht.

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — schallten dem Reichskanzler bei den Worten „unerhörte und verlogene Preßagitation“ die Rufe von der linken Seite entgegen, er scheint sie überhört zu haben, doch würde ihm eine Entgegnung auch schwer geworden sein. Jede Regierung und jeder hervorragende Staatsmann bedarf eines Preßorgans, und wenn es gefickt geleitet wird, hat Niemand etwas dagegen einzuwenden, aber immerhin wird es nur sein Organ — nicht das Organ des Volkes sein, dessen Stimme allein aus den unabhängigen Blättern hervorklingt, und Pflicht jedes Staatsmannes ist es, auf diese Stimme zu hören, nicht aber mit „Verlogenheit der Presse“ herumzuwerfen.

Nicht wegen der „einfachen praktischen Maßregel“, d. h. wegen der gänzlichen Umwandlung eines Systems in ein anderes ist es „Sitte geworden, seit ungefähr Jahr und Tag Reaction zu schreien und den Teufel an die Wand zu malen“, wie sich der Reichskanzler in seiner drastischen Weise ausdrückt, nicht weil er den Zolltarif eingebracht hat, sondern weil Delbrück, Hohrecht, Friedenthal, Falk die Regierung verlassen und der künftigen Politik des Reichskanzlers den Rücken gefehrt haben, weil zu den Vorschlägen des Centrums und der Conservativen die Zustimmung erfolgt und ein außerordentlich gemäßigter Vorschlag der liberalen Seite verworfen worden ist. Wir fragen doch den Reichskanzler selbst, was der an den Wegen der Regierung Unbehelligte, also der größte Theil des Volkes denken soll, wenn gerade die liberalen Männer ihre Posten verlassen und an ihrer Stelle conservative Männer berufen werden? Soll er glauben, daß die Liberalen gegangen sind, weil noch Liberalere bis an die Grenze des Radicalismus oder des Trifoliums „Richter-Lasker-Bebel“ gehende Maßregeln und Geseze in Aussicht stehen? Oder nicht vielmehr, daß wir an der Grenze der Reform angekommen sind und nunmehr das „Zurück“ und die Reaction die Parole wird? Wir denken, Näheres giebt's gar nicht. Und deshalb, weil die Presse offen das ausspricht, was alle Welt glaubt und vermuthet, „unerhörte und verlogene Preßagitation“? An die Berechtigung dieses Vorwurfs glaubt Niemand weiter als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Breslau, 10. Juli.

Nach der „Prob.-Corresp.“ gedenkt der Kaiser am Montag (14. d. Mts.) die Cur in Gms zu beenden, sich dann auf zwei Tage zum Besuche der Kaiserin nach Koblenz und von da nach der Insel Mainau im Bodensee zum Besuche der großherzoglich badenschen Familie zu begeben. Nach etwa achtstägigem Aufenthalt daselbst soll die Abreise nach Gastein erfolgen, von wo die Rückkehr nach Berlin etwa zum 20. August zu erwarten ist. Im September finden sodann die großen Manöver im Bereiche des I. und II. Armee-corps statt, zu welchen der Kaiser sich in Begleitung der Kaiserin nach Königsberg, Danzig und Stettin begeben will.

Die gestrige Reichstags-Sitzung war der Berathung des § 7 des Tarifgesetzes, des vielbewährten Frandenstein'schen Antrags, gewidmet. Ihre historische Bedeutung wird sie haben durch die Auseinandersetzung, welche Fürst Bismarck mit der nationalliberalen Partei vorzunehmen für gut fand. Der Abg. v. Bennigsen hatte mit großer Mäßigung die Gründe entwickelt, welche ihn und seine Freunde zur Verwerfung des Antrags Frandenstein und in Folge dessen des ganzen Tarifgesetzes bestimmen. Der Vorwurf der Uebertreibung kann ihm darüber sicherlich nicht gemacht werden. Unwiderleglich bewies er, daß die Erhebung der Matrikularbeiträge zu einer gesetzlichen Institution, sowie die Beschränkung des Reichs auf einen bestimmten Einnahmebetrag aus den Zöllen und Verbrauchssteuern und die Ueberweisung der Ueberschüsse der letzteren an die Einzelstaaten genau das Gegenstück dessen sei, was der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit Conservativen und Nationalliberalen seit Jahren als sein Finanzreform-

Programm verkündet habe. Unwiderleglich that er auch dar, daß es sich bei dem Frandenstein'schen Antrage unmöglich um eine politische irrelative Einrichtung handle — was Herr Windthorst später aufs Nachdrücklichste bestätigte durch die feierliche Erklärung, daß er für ein Tarifgesetz ohne den Antrag Frandenstein nicht stimmen werde. Herr v. Bennigsen unterließ es, den positiven Gegenvorschlag, welchen er in der Tarifcommission dem Antrage Frandenstein gegenüber gestellt hatte, im Plenum wieder aufzunehmen, um angehts des zwischen Conservativen, Centrum und Regierung bestehenden Compromisses die Verhandlungen nicht nutzlos in die Länge zu ziehen. Aber er stellte klar, wie ohne eine Einrichtung ähnlich der von ihm vorgeschlagenen Quotirung ein wirksames Einnahmewilligungsrecht nicht möglich sei. Der Reichskanzler hatte dieser in der Sache entschieden, in der Form aber sehr maßvollen Rede nicht angehört; erst eine Stunde später erschien er im Sitzungssaale, um sich, sobald der gerade auf der Tribüne befindliche Abg. Beseler geschlossen hatte, zum Wort zu erheben. Ueber § 7 selbst sagte er wenig. Was die nationalstaatsrechtliche Bedeutung des Frandenstein'schen Antrags anlangt, so gilt dem Reichskanzler der Unterschied zwischen dem bisherigen und dem gemäß diesem Antrage gestellten künftigen Zustande ebensowohl, wie der Unterschied zwischen einem schwarzen Tuchrock und einem Rock von schwarzem Tuch. Auf eine Widerlegung der sachlichen Ausführungen Bennigsen's ließ er sich nicht ein; statt dessen klagte er über eine verleumderische und verlogene Preßagitation, um alsdann seine Abrechnung mit der nationalliberalen Partei zu halten. Nach seiner Darstellung müßte man annehmen, als hätte er noch bis zum letzten Sonntag auf eine Verständigung mit den Nationalliberalen gewartet und sich erst dann, als positive Vorschläge von dieser Seite garnicht gemacht, wohl aber die Lasker'sche Rede gegen den Petroleumzoll gehalten wurde, zur Annahme des Antrags Frandenstein entschlossen. Das hinderte ihn indes nicht, der Partei ein langes Sündenregister vorzuhalten, in welchem ihr der Vorwurf gemacht wurde, nicht mit der Regierung zusammenzugehen, sondern sie regieren gewollt zu haben. Zum Beweise dafür führte er an, daß im Frühjahr v. J. die Präsidenten des Reichstages und des Abgeordnetenhauses (von Förckenbeck und von Bennigsen) hinter seinem Rücken eine Session des Landtags in diejenige des Reichstags eingeschoben hätten. Es war von unbeschreiblicher Wirkung, als später Herr von Bennigsen in einer persönlichen Bemerkung die vollständige Grundlosigkeit dieses Vorwurfs nachwies und aus einer im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede des Ministers Friedenthal die ausdrückliche Erklärung verlas, daß jene Wiederaufnahme der preussischen Landtagsession im Einverständnis mit dem preussischen Staatsministeriums anberaumt worden sei. Im Uebrigen gestand Fürst Bismarck offen, daß er immer auf die Spaltung der nationalliberalen Partei gehofft habe. Nachdem diese Hoffnung aber auch jetzt nicht in Erfüllung gegangen, nachdem andererseits Mitglieder der nationalliberalen Partei die agitatorischen Reden gehalten, habe er erkannt, daß ein Zusammengehen der Regierung mit dieser Partei nicht mehr möglich sei. Denn sie unterseide sich in der Verderblichkeit der nunmehr von ihr eingeschlagenen Wege kaum noch von der Socialdemokratie. Damit war denn die nationalliberale Partei in aller Form in die Reichsacht erklärt. Der Abgeordnete Lasker gab die Antwort auf den heftigen Angriff scharf, nicht ohne tiefe sittliche Erregung, aber würdevoll und durchaus zutreffend. Der Gipfelpunkt seiner Ausföhrung war, daß die Regierung unterstützen im Sinne des Fürsten Bismarck nichts Anderes heiße, als sich der Regierung bedingungs- und willenlos unterwerfen. Darin erkannte er den eigentlichen Grund der Unmöglichkeit eines dauernden Zusammengehens zwischen dem Fürsten Bismarck und irgend einer Partei. — Was den § 7 anlangt, so wurde er von den Abgg. Windthorst, v. Kardorff und v. Helldorf vertheidigt. Die beiden letzteren befanden sich in der Erregung von Leuten, denen in ihrer eigenen Position nicht sonderlich wohl ist, Herr Windthorst dagegen schwebte stolz im Wohlgeföhle seines Sieges. Eine tapfere Bekämpfung erfuhr § 7 noch durch den Abg. Beseler. In der namentlichen Abstimmung wurde der Paragraph mit 211 gegen 122 Stimmen angenommen; 8 Mitglieder (Polen) enthielten sich der Abstimmung.

Der Fürst von Bulgarien hat von Varna aus als ersten Gruß an die Bevölkerung folgende Bekanntmachung erlassen:

„Meine lieben Landsleute! Durch die einstimmige Wahl des bulgarischen Volkes auf den Fürstenthron erhoben, fühle ich mich in dem feierlichen Augenblicke, da ich meinen Fuß auf bulgarische Erde lege, gedrängt, es auszusprechen, wie tief ich von der Heiligkeit der von dem nationalen Willen mir auferlegten Pflichten überzeugt bin und wie sehr ich alle meine Kräfte dem Glücke Bulgariens, das sich mein Vaterland wird, zu widmen wünsche. Ehe ich in die neue Hauptstadt einziehe, um dort die Verwaltung des Fürstenthums zu übernehmen, halte ich es für meine Pflicht, mich nach Tirnowa zu begeben, um der Nationalversammlung, die mich erwählt hat, den feierlichen Eid zu leisten. Zudem ich dem bulgarischen Volke meine Ankunft im Fürstenthum ankündige, bitte ich den Allmächtigen, meine Anstrengungen zu segnen. Ich hoffe in der Vaterlandsliebe des bulgarischen Volkes die Unterstützung zu finden, deren ich bedarf, um das Glück des Landes zu sichern, dem ich von jetzt ab mein ganzes Leben weihen werde. Möge der allmächtige Gott mir dazu seine Hilfe leihen.“
Alexander I.“

Bezüglich der Reformen in Armenien schreibt das armenische Blatt „Terdjumanj Effja“:

„Die Vertreter der Großmächte haben der hohen Pforte eine Note übergeben, in welcher die kaiserliche Regierung eingeladen wird, die Einführung von Reformen in Armenien nicht länger zu verzögern. Die Vorkämpfer Englands und Frankreichs haben insbesondere gegen die militärische Besetzung von Zeit zu Zeit und gegen die Ernennung eines türkischen Unter-Gouverneurs in diesem District Protest eingelegt. Herr Journer und Sir H. Layard haben überdies der hohen Pforte bemerkt, daß es der Hauptzweck der Absendung von Commissären nach Zeit zu Zeit sei, neue Reformen in dieser Provinz einzuföhren und daß bis jetzt nichts geschehen ist.“

In Italien scheint Garibaldi mit seiner Aufgabe, ein neues Cabinet zu bilden, auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Er hat den Senator Sarocco, Berichterstatter über das Maßsterngesetz im Senate, zu einer Besprechung nach Rom berufen.

In Frankreich stehen die Enthüllungen Vert's über die Jesuiten im Vordergrund des Interesses. Die clericalen Blätter schäumen vor Wuth und überschütten Vert mit Schimpfwörtern. Die „Defense“ glaubt ihn damit niederzuschmettern, daß sie ihm einen allerdings spähhafter, Irrthum vorrückt: es ist ihm einmal das Mißgeschick begegnet, in einem Berichte an die Kammer von dem „berühmten österreichischen Minister Monsieur Adersbau“ zu sprechen. Das ist allerdings sehr komisch, nimmt aber den Ausführungen Vert's nichts von ihrer Beweiskraft.

Die Deputirtenkammer hat gestern die aufregende Berathung über das

Unterrichtsgeseß beendet. Der Fer. v'sche Geseßentwurf wurde, wie zu erwarten war, mit imposanter Mehrheit (352 gegen 159 Stimmen) angenommen.

Als Leitblatt „Napoleon V.“, nämlich des Prinzen Jerome, gerirt sich jetzt die „Estatette“. Sie bringt eine genaue Auseinandersetzung über die von dem neuen Präsidenten zu befolgende Politik. Das Programm Napoleons V. ist mit „patients“ unterzeichnet und „patients“ ist der Grundton des Programms. Es schöpft die Hoffnungen der Zukunft aus dem reactionären Charakter der Republik, die nur das Staatsoberhaupt zu wechseln brauche, um den Zweiten Heinrichs V. und des Grafen von Paris zu dienen. „Napoleon V. wird dieser Republik im Laufe der Zeit die Bestrafung ans Volk entgegensetzen, sich um die Interessen der Arbeiterklassen bekümmern, an Stelle der republikanischen Doppeltäugigkeit die wahre Logik der Napoleons setzen. Mit Entschiedenheit wird sich Napoleon V. gegen die Allianz mit den Legitimisten wenden, die jetzt ihre Thüren weit aufgespannt haben, um die Fahnenflüchtigen aufzunehmen; denn das Princip des Bonapartismus besteht darin, die Früchte der Revolution zu pflücken und zu vertheilen, während die Legitimisten sie vernichten wollen.“ — Schön gesagt! — Um dem dringenden Bedürfnis nach bonapartistischen Blättern abzuhelfen, will sich übrigens der Abgeordnete Cunéo d'Ornano entschließen, ein neues Journal unter dem pomphaften Titel: „Napoleon“ herauszugeben.

In Belgien greifen die Verheerungen der Clericalen immer weiter um sich. Wir haben bereits mitgetheilt, daß in der letzten Zeit wiederholt Placate gefunden wurden, in welchen der König wegen Unterzeichnung des Unterrichtsgeseßes in größtlicher Weise bedroht wird. Es liegt diesem Treiben offenbar ein planmäßiges Vorgehen der belgischen Ultramontanen zu Grunde.

Im englischen Parlamente schleppt sich die Debatte über das Armeedisziplin-geseß endlos hin. Am Dienstag Nachmittag fand eine Conference zwischen etwa 250 Unterhausmitgliedern und den Ministern Lord Beaconsfield, Sir Stafford Northcote, Oberst Stanley und Mr. Croft statt, um den Stand der Staatsgeschäfte, insbesondere aber die Bestimmungen der Armeedisziplin-Vorlage mit Bezug auf die körperliche Züchtigung zu discutiren. Lord Beaconsfield, so wie die übrigen Minister erklärten, die Regierung sei fest entschlossen, der Opposition gegen die Armeedisziplin-Bill energisch die Spitze zu bieten und die Maßregel in dieser Session durchzubringen.

Ein Telegramm aus Havanna meldet, daß ein Theil der Garnison von Vera Cruz sich zu empören versuchte. Die Revolte wurde indes unterdrückt, wobei neun Räbelsführer ihr Leben einbüßten. Unter der Befehlsführung des in Vera Cruz stationirten Kriegsschiffes „Libertad“ brach zu gleicher Zeit, und während der Befehlshaber am Gestade war, eine Meuterei aus. Die „Libertad“ stach in See und wird von anderen Schiffen verfolgt.

Wie der Correspondent des „New-York Herald“ meldet, haben die Chinesen Kaschgar zurückerobert. Die muslimännische Bevölkerung ist theils geflohen, theils massacrirt.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Berhandlungen.

77. Sitzung vom 9. Juli.

(Schluß.)

Abg. Windthorst: Ich muß alle zum Theil verletzenden Insinuationen des Abg. Beseler gegen das Centrum auf das Entschiedenste zurückweisen; ich betenne mich offen als Particularist, ich bin zu dieser Richtung nach der Verfassung berechtigt, denn das Reich ist ein Bundesstaat, und jeder Einzelstaat hat seine volle Berechtigung und Souveränität behalten. Dieser Zustand soll durch den Antrag Frandenstein nur aufrecht erhalten werden, und wenn sich die Liberalen so sehr dagegen aufbäumen, so manifestiren sie damit nur, daß die Betonung der Rechte der Einzelstaaten gegen ihre innersten Tendenzen geht. Der Abg. v. Bennigsen hat die Entlassung dreier preussischer Minister mit dem Antrage Frandenstein in Verbindung gebracht. Zunächst war es mir interessant, zu hören, daß dem einen Minister noch zwei andere gefolgt sind; officiell war mir davon noch nichts bekannt. Der Minister Friedenthal hat übrigens diese Phantastie, daß der Antrag Frandenstein auf seine Entlassung eingewirkt habe, schon vernichtet und sogar erklärt, daß er für denselben stimmen werde. Der Reichskanzler hat dann erklärt, daß sein Entschluß erst am Sonntag gefaßt sei; diese Erklärung wird eine große Zahl von Insinuationen beseitigen. Wir stehen auf unserem Programm, welches ich am 8. Mai entwickelt habe, und die conservativen Parteien haben dasselbe adoptirt. Man erzählt nun von den großen Concessionen, die man uns im Culturkampf gemacht habe. (Auf: Wer hat es gesagt?) Es steht in allen Blättern, und der Abg. v. Bennigsen hat den Rücktritt Falk's dahin gedeutet. Von der Beendigung des Culturkampfes ist uns nichts bekannt, ein Versprechen in dieser Richtung ist uns nicht gegeben und von uns nicht begehrt worden. Unsere Ideen beim Culturkampf sind über alles Irdische erhaben. Wir sollen nun die Dupiren sein; uns ist nicht versprochen, also können wir auch nicht dupiren werden. Uebrigens, wer mich dupiren will, muß ein Wischen früh aufstehen. (Große Heiterkeit.) Aus alledem folgt aber nicht, daß der Gang, den wir aus innerer Nothwendigkeit gehen, nicht Einfluß haben müßte auf andere Gebiete. Ich vertraue der Logik der Thatfachen, die wird uns nicht dupiren. Man stellte uns als Reichsfeinde hin, als Menschen voll Bosheit und Hinterlist. Die liberale Wirtschaft hat jetzt Bankrott gemacht, das Reich hat jährlich ein Deficit, die Einzelstaaten sind nahe daran zu liquidiren. Diejenigen, welche die Schulden gemacht haben, verjagen die Mittel zur Tilgung derselben. Die Richtung der Wirtschaftspolitik trug zu dieser Bedrängnis mit bei. Wir treten als Liquidatoren ein. Wir werden keinen Dank dafür ernten, denn das Schlimme dabei ist, daß Geld dazu erforderlich ist. Trotzdem sind wir ohne Bedenken an diese Aufgabe herangetreten. Von liberaler Seite ist mir in einer Privatunterhaltung mitgetheilt worden, daß die Liberalen sich fürchteten, die Gelder zu bewilligen, aber zufrieden seien, daß das Centrum dies thue. (Zuruf: Namen!) Den Namen werde ich privatim nennen. Jetzt wird Niemand mehr behaupten, daß wir Reichsfeinde seien, daß wir keinen Patriotismus besäßen. Die besten Freunde sind die Freunde in der Noth, und diese wahren Freunde des Reichs und der Einzelstaaten sind wir. Wir schätzen die nationale Arbeit, wir schaffen durch die Finanzzölle die nöthigen Einnahmen, weil sonst neue directe Steuern nothwendig sein würden. Mit dem Tarif schaffen wir keine neue Lasten, sondern legen dieselben nur um.

Man sagt nun, wir hätten gar keine Garantien, daß die Ueberschüsse wirklich den Einzelstaaten zu Gute kämen; nun, früher waren die Liberalen bereit, ohne Garantien für Finanzzölle zu stimmen; sie stimmen auch heute nicht gegen die Finanzzölle als solche, sondern nur gegen den Frandenstein'schen Antrag. Daß sie die Ueberschüsse für die Einzelstaaten erwarteten, haben, dafür sprechen die Vorbereitungen im preussischen Landtag, wo man sogar außer der Zusicherung des Finanzministers eine Cabinetsordre extra-foirte. Damals war große Freude darüber und hoffentlich werden die Versprechungen des Finanzministers in Erfüllung gehen. Jetzt erklären sich die Liberalen gegen die Finanzzölle, weil sich die Regierung mit anderen Elementen verbünden hat. Herr v. Bennigsen hat heute noch herborgehoben, wie willig man die Zustimmung der Nationalliberalen hätte haben können; jedenfalls war aber eine Bedingung die Quotirung, deren Annahmbarkeit

keine Abnung davon, was aus ihnen werden wird. — Zur Frage der Zollrückvergütungen bei der Zucker-Ausfuhr hatte nach eingehenden Motivirungen der Vorstand des Vereins deutscher Raffinerien die folgenden Abänderungen des § 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1869 beantragt: Bei der Ausfuhr von inländischem wie von ausländischem Zucker über die Zollvereinsgrenze, oder bei dessen Niederlegung in öffentlichen Niederlagen wird, wenn die auszuführende Menge mindestens 10 Centner beträgt, eine Vergütung für den Centner gewährt: a. für Rohzucker von mindestens 88 pCt. Polarisation 0,09 M., b. für Kandis und für Zucker in weissen, vollen harten Broden, bis zu 25 Pfd. Nettogewicht, oder in Gegenwart der Steuerbehörde zerkleinert 0,12 M., c. für allen übrigen harten Zucker, sowie für allen meist trockenen (nicht über 1 pCt. Wasser enthaltenden) Zucker in Crystall-, Krümel- und Mehlform von mindestens 98 pCt. Polarisation 0,11 M. In interessirten Kreisen und auch in Fachblättern der Zuckerindustrie finden diese Vorschläge eine abfällige Kritik. — Der sächsische Gemeindevorstand, welcher dieser Tage in Leipzig abgehalten wurde, hat nicht den Eindruck hinterlassen, als ob die Gemeindevorstände mit der ihnen gesetzlich garantirten Selbstverwaltung durchaus zufrieden wären, denn es macht sich manchmal innerhalb der Gemeindevorstände eine Rückwärtsbewegung bemerkbar. Dieselbe zeigt sich besonders in dem Anstürmen gegen diejenigen Gesetze, deren Durchführung den Gemeinden viel Geld kostet, wie zum Beispiel das Schulgesetz, das Krankenkassengesetz etc. — Es ist gemeldet worden, daß Prinz Friedrich Carl von Preußen Ende dieses Monats Schweden und Norwegen besuchen werde. Diese Nachricht dürfte dahin zu berichtigen sein, daß der Prinz nicht Schweden, sondern nur Norwegen besuchen und auf seiner norwegischen Reise mit dem König Otto zusammentreffen wird. Letzterer wird nämlich am 16. d. M. von Stockholm abreisen, um der Einweihung der Dalslandsbahn beizuwohnen; am 19. wird der König in Christiania eintreffen und sich etwa am 22. nach Bergen begeben. — Die Reichstagswahl in dem durch den Tod des Decans Dr. Lindner verwaisenen oberpfälzischen Wahlbezirk Neustadt a. d. Wn. am 14. d. Mts. verspricht sehr interessant zu werden. Von gemäßigter clericaler Seite werden der Verleger der „Amberger Volkszeitung“, Buchhändler Habel, ein eingewandter Preuze, und der orthodox-conservativ-protestantische Gutbesitzer Febr. von Lindensfeld auf Thumseuth als Candidaten genannt; die dort sehr zahlreichen und rührigen Extremen stellen den Klosterbechtwater Lorenz zu Waldfassen unweit Eger auf.

Berlin, 9. Juli. [Aus dem Reichstage.] Der Antrag Franckenstein ist also angenommen mit 211 gegen 122 Stimmen (8 enthielten sich). Zur Minderheit gehörten sämtliche anwendende Nationalliberale, gemäß einstimmigen Fraktionsbeschlusses — nur Wehrenpennig und Treitschke und unser Cultusministers Schwager, der Abg. von Puttkamer-Fraustadt hatten sich gedrückt —, die Fortschrittspartei, die Socialdemokraten und Berger, Löwe-Hochum und Delbrück, — die Polen enthielten sich der Abstimmung und die Schaff-Pothringer und der Abg. für Bremen, Mosle, stimmten mit Bismarck. Das Bemerkenswerthe aus der Debatte ist natürlich die Rede des Reichskanzlers mit ihren Angriffen auf die Nationalliberalen. Die Fortschrittspartei kam verhältnismäßig so gut fort, daß Hänel an Lafer das Wort abtreten konnte; denn wenn der Reichskanzler den bekannten, von ihm so oft variirt vorgebrachten Scherz wieder einmal herholte, wonach die Fortschrittspartei es in den Finanzfragen nicht zu einer eigenen Meinung gebracht habe, bis die Regierung eine solche äußere, der sie widerprechen könne, — so scheint sich die Behauptung zu bestätigen, daß der Reichskanzler von seinen Gegnern alles glaubt, was ihm seine Officiellen vorsehen; denn sonst müßte er nachgerade wissen, daß die Fortschrittspartei die einzige Partei ist, die nicht bloß ein Programm hat und hält, sondern seit Jahren zu allen wichtigen Finanzfragen feste Stellung genommen und innegehalten hat. Als er von der „unerhörten und verlogenen Praesagitation“ sprach, wurde ihm „Norddeutsche Allgemeine!“ entgegengerufen, ohne daß er auf diesen Zuruf einging. Aber an die „Norddeutsche Allg.“ und deren Anhang, die von der Compagnie Lafer-Fordckenbeck-Richter-Bebel genug geredet hat, wurde man erinnert, als der Reichskanzler seine Zustimmung zu dem Antrage Franckenstein auf die „untergraben“ Reden beim Petroleumzoll zurückführte. Vermuthlich hat den Reichskanzler sein Gedächtniß im Stich gelassen, da das Centrum für Raffee- und Petroleumzoll nicht so begeistert eingetreten wäre, wenn es nicht der Zustimmung des Reichskanzlers zum Franckenstein'schen Antrage sich vergewissert hätte. Wie wenig sich der Reichskanzler in neuester Zeit auf sein Gedächtniß verlassen kann, wenn es sich um vermeintliche Fehler der Gegner handelt, dafür gab er bei seinem Angriff auf die Nationalliberalen einen klassischen Beweis. Zum großen Erlaunen des Präsidenten Bismarck hatte er sich im preussischen Abgeordnetenhaus im März vorigen Jahres bitter beklagt, daß Reichstags und Landtagspräsident, ohne ihn zu fragen, eine Landtags-Session zwischen die Reichstags-Sessionen geschoben hätten. Friedenthal, damaliger Verwalter des Ministeriums des Innern, erklärte feierlich am 27. März 1878, daß der Reichskanzler in Folge eines Versehens des preussischen Ministeriums sich in einem Irrthum befunden hätte, daß jene Verabredung über die Reichstags- und Landtags-Sitzungen in der That in vollem Einvernehmen mit dem preussischen Ministerium stattgefunden habe. Und heute, nach 1/4 Jahren, wiederholt der Reichskanzler dieselben unwahren Behauptungen und spitzt sie zu einem Vorwurf gegen zwei nationalliberale Führer gegen den damaligen Reichstagspräsidenten von Fordckenbeck und den damaligen Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses von Bennigsen. So müssen ihm denn beide Männer erst wieder durch persönliche Bemerkungen nachweisen, daß er die gleiche unbegründete Beschuldigung vor 1/4 Jahren im Landtage los gelassen habe und daß er öffentlich von seinem damaligen Ministercollegen Friedenthal widerlegt sei. Lafer's Entgegnung war überaus sachlich und in der Form gemäßig.

[Curatorium der Borfig'schen Erben.] Wie der „Berl. Bör.-Cour.“ vernimmt, ist Herr Justizrath Niem aus dem Curatorium der Borfig'schen Erben ausgeschieden und Herr Justizrath Leonhard an seine Stelle in dasselbe eingetreten.

Bremen, 8. Juli. [Die verwittwete Prinzessin Heinrich der Niederlande] traf heute Abend 7 Uhr mit Gefolge und Dienerschaft in Bremen ein und nahm in Hillmann's Hotel Wohnung. Die Frau Prinzessin gedenkt, wie die Zeitungen melden, sich mit ihrer Schwester, der Frau Erbprinzessin von Oldenburg, in das Seebad Scharbeutz im Fürstenthum Lübeck zu begeben.

Österreich.

Wien, 9. Juli. [Nochmals die Wahlen im mährischen Großgrundbesitz.] Wie Graf Andrassy, so scheint sich auch Graf Taaffe den Fürsten Bismarck in gewissen Neugierigkeiten zum Vorbilde genommen zu haben. Will ja doch das Gerücht wissen, daß der deutsche Kanzler gerade nicht von zarten Rücksichten für seine „liberalisirenden“ Collegen übersteigt. Nun, was bei Ihnen doch am Ende immer nur Gerücht*) bleibt, das überbieten bei uns offen-

kundige Thatsachen. Wer diesen letzteren gegenüber nicht absichtlich den Vogel Strauß spielen will, der kann heute unmöglich mehr im Zweifel darüber sein, welche Pfadestrasse unter der Aera Taaffe wandeln soll — gleichviel ob Graf Taaffe, gleich Belcredi und Cohanwart, von vorn herein dazu entschlossen gewesen ist oder ob er gegen sein Erwarten bereits von Jenen in's Schlepptau genommen worden, die er, wie Potocki in seiner Harmlosigkeit, als Zeuge seines Triumphzuges in den Reichsrath zu bringen gedacht. Nicht nur Männer, wie Eichhoff, Kübeck, Hopfen, den langjährigen Abgeordnetenhaus-Präsidenten perhorrescirt der mährische Großgrundbesitz: auch den Handelsminister Chlumetzky streicht er von der Candidatenliste. Nicht in Folge eines Gesinnungswechsels der Majorität, sondern auf Grund eines Wunsches von „maßgebender“ Stelle: denn sobald diese Pression aufhört, wählt dieselbe Curie Tags darauf wieder wie im September für die Befegung eines durch Todesfall erledigten Landtagsmandates im Brüner Ständesaale einen Verfassungstreuen. Aber noch mehr! Ehe der Handelsminister im Großgrundbesitz candidirte, suchte er seinen alten Sitz in Mährisch-Trübau zu behaupten, den er aber an den entragten Czechen und Clericalen Peter Burm verlor. Nun hat Graf Taaffe den dortigen liberalen Bezirkshauptmann Maltschowski Knall und Fall pensionirt, weil der Erzbischof von Olmütz, Landgraf von Fürstenberg, sich darüber beklagt hat, daß dieser Beamte gegen die Wahl des erzbischöflichen Caplans Burm agitirt hat.*) Das hat denn doch selbst die böse Fama dem Fürsten Bismarck nicht nachgesagt, daß er Beamte cassirt, weil sie für die Wahl seiner Minister-Collegen zu Deputirten thätig gewesen sind. Graf Taaffe dagegen scheint es so recht absichtlich, weil in diesem Falle ganz unnothiger Weise, an die große Glocke hängen zu wollen, daß er seine „liberalisirenden“ Collegen nicht in dem neuen Abgeordnetenhaus zu sehen wünscht. Und das gereicht denn auch, wenn nicht zur Rechtfertigung, so doch zur Erklärung gewisser anderer Vorgänge, die sonst den Wählern großen Schaden bereiten würden. Wenn die Wähler der inneren Stadt Wiens an die Stelle einer Celebrität wie Glaser einen Pfaffenbrechler wie Hoffer setzen; wenn in beispiellosem Umdanke die Wähler von Lebnitz den alten Sitz Stremayrs, der für die Lösung der confessionellen Schwierigkeiten so Großes geleistet und geradezu unerseßlich ist, einem politischen Neuling wie Magg geben, so leitet sie wohl nicht „fortschrittlicher“ Radicalismus, sondern die tiefe Verstimmung, daß Männer, wie Glaser und Stremayr, sich zur spanischen Wand für den Aufmarsch des neuen Regiments hergeben. Schon verlangen galizische Blätter das Unterrichts- und noch ein Portefeuille für die Polen, zwei andere Portefeuilles für die Czechen die anderen werde man „vorläufig“ deutschen Verfassungsfeinden noch lassen müssen!

Frankreich.

Paris, 7. Juli. [Die Rede Vert's.] — Aus der Kammer. — Die Bonapartisten. Die letzte Rede Paul Vert's mit ihren Aufschlüssen über das Erziehungssystem der Jesuiten hat im größeren Publikum einen merkwürdigen und gewaltigen Eindruck hinterlassen. „Offenbar“, sagt John Lemoine in den „Débats“, „ahnte man in den meisten französischen Familien nicht, welchen Unterricht heutzutage die Kinder beiderlei Geschlechts empfangen. In freilich, alles, was Paul Vert erzählt, ist die Wahrheit. So erzieht man die Kinder und so macht man Männer und Frauen aus ihnen. Was ehemals in den Seminarien hinter verschlossenen Thüren gelehrt wurde, ist jetzt in die allgemeine Erziehung übergegangen. Man erfüllt die jungen Geister mit den dunkelsten und unreinsten Geheimnissen; man unterwirft sie einer Art von Operation mittelst Einschläferung, bei welcher ihr Urtheil und ihr gesunder Verstand ganz zu Grunde geht. Allerdings ist gerade dies der Zweck des Systems, einer bewunderungswürdig erfundenen Verdummungsmethode. Man muß es offen herausagen: das jetzt in der Discussion begriffene Gesetz ist ein politisches Gesetz, ein Gesetz der Vertheidigung. Der stärkste, geschickteste und gefährlichste Mann der clericalen Partei, derjenige, der das Gesetz von 1850 erfand (Herr de Falloux), hatte wohl Recht, sich gegen die Unflugen und Ungehörigkeiten aufzulehnen, welche die Fahne der „Contre-Revolution“ aufspazierten. Aber er erhielt einen Verweis von oben und ist folglich zum Schweigen verurtheilt. Die Contre-Revolution ist das Stichwort, das heißt der Krieg gegen die weltliche Gesellschaft, gegen den Civilcode, gegen alle Gesetze, welche den Organismus des Laides bilden.“ So John Lemoine. Die meisten liberalen Blätter commentiren mit großer Befriedigung den Ausspruch Paul Vert's: „Nicht jetzt sind die Jesuiten zu fürchten, sie werden erst dann wahrhaft gefährlich werden, wenn sie Republikaner geworden sind.“ Diese politische Schwengung des Geses muß man nach dem republikanischen Redner mit Bestimmtheit erwarten. Aber sie ist nicht mehr zu fürchten, meint die Gambetta'sche „Republique“, jetzt, da dem Lande die Augen geöffnet worden sind. „Frankreich ist jetzt gewarnt. Da es einmal die Jesuiten kennt, wird es nicht zugeben, daß dieselben an seine Einrichtungen, seine Freiheiten und seine Rechte Hand legen; es wird nicht gestatten, daß sie sich seiner Jugend bemächtigen, um dieselbe zu verderben. Deshalb eben hat die Rede Paul Vert's eine so große Tragweite.“ Was die ultramontane Presse angeht, so ist sie durch die Enthüllungen Vert's in solchen Zorn versetzt worden, daß sie sich nicht in eine Discussion einläßt. Sie begnügt sich mit Schimpfreden. So nennt das „Univers“ den republikanischen Redner einen „Freidenker ohne Glauben und ohne Moral“, einen „Materialisten, der durch die schmähslichsten Lehren verthiert worden“, einen „Hörsaal aller Lafer und Ausschweifungen von Paris“, einen „Glender“, die „Schande der französischen Tribüne“, u. s. w., u. s. w. Es ist der Partei zu wünschen, daß der Deputirte de la Bassettiere, der heute in der Kammer auf Vert's Rede antwortete, bessere Argumente finde, als das „Univers“. — Vor der Sitzung der Kammer versammelte sich heute in Versailles die Commission, die das Gesetz betreffs Rückkehr des Parlaments nach Paris zu prüfen hat. Das Gesetz, das von der Regierung ausgeht, hat bekanntlich im Senat einige Veränderungen erlitten. Die einzige derselben, die eine gewisse Bedeutung hat, besteht darin, daß im Falle eines Angriffs die Präsidenten der Kammern die Truppen, deren sie zum Schutze des Parlaments bedürfen, durch Vermittelung des Kriegsministers zu requiriren haben. Diese Bestimmung wurde schon im Senat von den Republikanern getadelt; ein Theil der Linken verlangte für die Präsidenten das Recht, die bewaffnete Macht direct, ohne Einmischung des Kriegsministers, zu requiriren. Diese Forderung wurde auch heute in der Commission der Kammer gestellt und mit großer Mehrheit gutgeheißen. Sie wird wahrscheinlich vom Plenum der Kammer angenommen, obgleich die Minister bereits erklärt haben, sie sähen lieber, daß man sich an den Text des Senats hielte. — Die Bonapartisten machen große Anstrengungen, ihr verlorenes Gleichgewicht wieder zu finden. Paul de Cassagnac, der zuerst nur den Prinzen Victor als Prätendenten anerkennen wollte, sieht bereits ein, daß er bei seinen Parteigenossen nichts ausrichten wird. Er leukt also ein und erklärt sich, wenn auch mit verdrießlicher Miene, bereit,

*) Officiös wird inzwischen diese Meldung als vollständig erfunden bezeichnet. (Ann. d. Rev.)

den Prinzen Jerome anzuerkennen, unter der ausdrücklichen Bedingung jedoch, daß derselbe offen mit den Grundfäden seiner Vergangenheit und mit der Republik breche. Paul de Cassagnac will ein Manifest; der Prinz Jerome hat aber keine Lust, sich durch eine derartige Rundgebung zu compromittiren. Die „Estatette“, die sich mehr und mehr als sein Organ gebildet, unternimmt es heute, seine politische und religiöse Stellung zu kennzeichnen. Ein Republikaner sei Jerome nicht. Von der Republik habe er nur gesagt, daß man sie als die regelrecht constitutionelle Staatsform achten müsse; aber er habe nie den Grundfäden des Anrufs ans Volk, welcher das Wesen des Bonapartismus ausmacht, verleugnet. Wäre er den Republikanern gegenüber Verpflichtungen eingegangen, so hätten diese selber ihn durch ihr Benehmen davon befreit. Ferner sei Jerome nicht antireligiös, sondern bloß anticlerical, er werde für die Religion das sein, was Napoleon I. und Napoleon III. für sie gewesen, aber er werde eben so wenig wie diese beiden den Staat vor der Kirche demüthigen. Es steht noch dahin, ob Paul de Cassagnac und Genossen diese etwas vage Erklärung als hinreichend erachten werden. Als verwegener erscheint jedenfalls unter den augenblicklichen Verhältnissen die Gründung eines neuen bonapartistischen Journals, wie sie Cuneo d'Ornano beabsichtigt. Dies Blatt soll binnen Kurzem unter dem Titel „Napoleon“ erscheinen.

Paris, 8. Juli. [Kammer-Sitzung. — Steuer-Ergebnis. — Die Leichenfeier in Chiselhurst. — Revue. — „Nationalfest.“ — Statue Thiers.] Der Artikel 7 ist noch immer nicht votirt. Unter dem Vorwande, auf die letzte Rede Paul Vert's zu antworten, setzte der Clerico-Legitimist de la Bassettiere eine lange Rede fort, die er während der Generaldebatte begonnen, aber wegen Unwohlseins hatte unterbrechen müssen. Die Kammer bewies ihm wenig Theilnahme, selbst die Rechte ließ es an Beifall fehlen und dann erschien Albert Joly auf der Tribüne, um in kurzen Worten zu constatiren, daß der Vordner auch nicht eine Silbe von dem gesagt habe, was er angeblich sagen wollte. Weit größere Wirkung als de la Bassettiere brachte der Herzog de la Rochefoucauld-Bisaccia hervor, indem er mit großer Energie und allen Anzeichen einer aufrichtigen Entrüstung im Namen der katholischen Familienväter protestirte. Er sei kein Redner, sagte er, er wolle sich auf keine Discussion einlassen, er wolle bloß sagen, daß die katholischen Familienväter durch das Ferry'sche Gesetz gezwungen würden, ihre Kinder ins Ausland zu schicken, denn sicher könnten sie dieselben nicht den Schulen des Staats überliefern, in welchen man die Religion durch die „unabhängige Moral“ ersetze. Diesmal applaudirte die Rechte stürmisch. Aber Paul Vert erschien auf der Tribüne, um die bereits so vollständige Sammlung seiner Citate aus den Jesuiten-Büchern und andern Kirchen-Schriftstellern noch um einige charakteristische Neußerungen zu bereichern. Das Amendement Keller's, welches den religiösen Genossenschaften ohne Unterschied das Erziehungsrecht erhalten will, wurde hierauf mit 348 gegen 135 Stimmen abgelehnt und man ging zu dem ganz entgegengesetzten Amendement Madier Montjau's über, welches allen Geistlichen ohne Unterschied, ob sie den vom Staate anerkannten oder nicht anerkannten religiösen Genossenschaften, oder auch nur dem weltlichen Clerus angehören, verbietet, in öffentlichen oder Privatschulen Unterricht zu erteilen. Madier Montjau, der die Ansichten der äußersten Linken vertritt, suchte sein System zu rechtfertigen, indem er die Vorschläge des Ministers Jules Ferry als ungenügend und wirkungslos darstellte. Die nicht autorisirten religiösen Genossenschaften müsse man unschädlich machen, indem man sie einfach aufhebe, wozu gar kein neues Gesetz erforderlich; und was den weltlichen Clerus angeht, so dürfe man ihm die Erziehung der Jugend nicht ferner anvertrauen, weil er leider die unbürgerliche und staatsfeindliche Fesslung der ultramontanen Partei sich vollständig zu eigen gemacht habe. Von einer Verlegung der Freiheit könne hier nicht die Rede sein, denn Freiheit sei nicht ohne Gleichheit denkbar und der Clerus stehe nicht auf gleichem Fuße mit den anderen Bürgern. Die Discussion wurde alsdann auf heute vertagt. — Die Blätter veröffentlichen das Ergebnis der indirecten Steuern für den Monat Juni d. J. Dasselbe übersteigt die im Budget vorgesehene Ziffer um 12 Millionen Franken. In den 5 ersten Monaten betrug der Ueberschuß 46 Millionen, so daß das erste Halbjahr 1879 einen Gesamtüberschuß von 58 Millionen geltefert hat. — Es steht jetzt fest, daß der Prinz Jerome Napoleon mit seinen beiden Söhnen der Leichenfeier in Chiselhurst beiwohnen wird; seine Abreise dorthin ist auf den nächsten Freitag festgesetzt. Die Prinzessin Mathilde wird schon Donnerstag abreisen. Eine Einladung zu diesem Begräbniß hat Jerome nicht erhalten und wie der „Figaro“ auseinandersezt, bedurfte es einer solchen nicht; im Gegentheil, wenn man Einladungen erließe, so müßten dieselben von ihm als dem jetzigen Oberhaupt der Dynastie ausgehen. — Wie gemeldet, findet am nächsten Sonntag die große Revue der Pariser Armee statt. Die Revue wird von dem Gouverneur von Paris, Baron Lyuard, befehligt werden. Der Präsident Geéby wird ihr, umgeben von den Ministern und andern hohen Staatsbeamten in der großen Tribüne des Staatsoberhauptes beiwohnen. — Am Montag wird das Boulogner Fest der Schaulag eines anderen Festes sein, welches von dem Centralcomité für die Amnestirten unter dem Vorsiz Victor Hugo's und Louis Blancs in Pré Catelan veranstaltet ist. Man hat diesen Tag gewählt, weil er zugleich der Jahrestag der Erfüllung der Bastille ist. Die Anschlagzettel verkünden für dieses „Nationalfest“ die mannigfachen Unterhaltungen: Concerte, Theateraufführungen, Spiele aller Art, große Tombola, Illumination und elektrische Beleuchtung, Feuerwerk u. s. w. — In Nancy wird man am 3. August die Statue Thiers errichten. Die Stadt Nancy giebt bei dieser Gelegenheit ein Fest, welches vier Tage dauern soll.

Großbritannien.

London, 8. Juli. [Begräbniß des Prinzen Napoleon.] Im Einvernehmen mit dem Herzog von Bassano Namens der Kaiserin und auf Befehl der Königin wurde nachstehendes officiöses Programm des Begräbnisses des Prinzen Napoleon entworfen. Die Leiche wird Donnerstags Nacht oder Freitag Morgens erwartet. Dieselbe wird vom Dampfer „Drontes“ auf die Nacht „Enchantree“ übertragen und von Matrosen gelandet. Der Sarg kommt zuerst zur Identificirung in ein isolirtes Octogonal-Gebäude, welches durch die Nähe des Domes zu diesem Zwecke sich sehr passend erweist; dort wird der Sarg sofort geöffnet und ein officiöses Document über die Identificirung unterzeichnet. Dann wird der Sarg für immer geschlossen. Ursprünglich beabsichtigte man eine Inspection des Sarges in Chiselhurst. Dieser Gedanke wurde aufgegeben. Eine starke Ehrenwache der königlichen Artillerie bleibt bei dem Leichnam die ganze Nacht. Sonnabend am frühen Morgen begleitet reitende Artillerie den Leichnam als Escorte von Woolwich nach Chiselhurst. Der Sarg kommt auf eine Lafette, die von acht Pferden gezogen wird. Sammlende Truppen in Woolwich werden bei der Abfahrt der Leiche in voller Parade ausriden und sich nach Chiselhurst begeben, wo sie ungefähr um 8 Uhr Morgens ankommen. Nach der Ankunft daselbst wird der Sarg von Artillerie-Offizieren in die Halle von Cambden-House getragen und daselbst bis 11 Uhr bleiben, worauf das eigentliche Leichenbegängniß beginnt. Dieselben Offiziere placiren den Sarg auf einen prachtvollen, mit kriegerischen Emblemen geschmückten Leichenwagen, und der Leichenzug bildet sich in folgender Ordnung: voran die Gentlemen-Cadetten von Woolwich mit befristeter Artillerie-Musikbände, dann der Leichenwagen; unmittelbar darauf alle Trauergäste, der Prinz von Wales, der Herzog von Connaught,

Table with columns for 'Pferde', 'Rindvieh', 'Schwarzvieh', 'Schaf', 'Ziegen', 'Ferkel' and rows for years 1875-1879, showing various counts and prices.

Die Zahl des in Breslau aufgetriebenen Schlachtviehes belief sich: Tabelle mit Spalten für verschiedene Vieharten und Zeilen für die Jahre 1877/78 bis 1878/79.

Der Export richtete sich zumeist nach Berlin, Dresden, Hamburg, den Rheinländern, Metz, Paris, auch London. Die Preise stellten sich nach Fleischgewicht für:

Table showing prices for 'Rindvieh', 'Schaf', 'Ziegen', 'Ferkel' in different regions like 'I.', 'II.', 'III.' and 'pr. 50 Kilo'.

Nach lebendem Gewicht wird nur Fleisch gehandelt. Die Schlachtungen erreichen die folgenden Ziffern in:

Table with columns for 'Schaf', 'Ziegen', 'Ferkel' and rows for years 1878/79, 1877/78, 1876/77, 1875/76, showing counts and prices.

Außerhalb des Schlachthofes wurden geschlachtet: Tabelle mit Spalten für 'Schaf', 'Ziegen', 'Ferkel' und Zeilen für die Jahre 1878/79, 1877/78.

Auf dem Schlachthofe geschlachtet: Tabelle mit Spalten für 'Schaf', 'Ziegen', 'Ferkel' und Zeilen für die Jahre 1878/79, 1877/78.

An Gerbereien wurden in 1878/79: 101,834 Stück Felle aller Gattungen abgegeben.

Ausweise. Berlin, 10. Juli. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichs-Bank vom 7. Juli.]

Table with columns for 'Aktiva' and 'Passiva' and rows for various financial items like 'Metallbestand', 'Grundcapital', 'Reservefonds'.

Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Table showing revenue and expenses for the Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft for the month of June 1879.

Paris, 10. Juli. [Bankausweis.] Baarvorrath Abn. 29,512,000. Barreservirte der Hauptbank und der Filialen Abn. 4,292,000.

Borser-Depeschen.

Table with columns for 'Berlin', 'Wien', 'Lyon', 'London', 'Capetown', 'Newyork' and rows for various news items and market reports.

Dringende Bitte!

Eine verarmte adelige Familie, die durch langwierige, leider keine Besserung in Aussicht stellende Krankheit ihres Ernährers in die bitterste Noth gerathen ist, bittet edle Menschenherzen um Unterstützung.

Künstliche Zähne.

naturgetreu zu mahigen Preis, ohne Herausnahme der Wurzeln. Schmerzlose Behandlung von Zahn- und Mundkrankheiten.

Zoologischer Garten.

Morgen Sonnabend trifft ein: Die Nubische Karawane, 11 Nubier, darunter 2 Lächter des vorigen Jahres gestorbener Hauptlings.

Table with columns for 'Bombard', 'Türken', 'Goldrente', 'Ungar. Goldrente', 'London', 'Italiener', 'Silber', 'Glasgow', 'Wien', 'Berlin', 'Weizen', 'Roggen', 'Petrolium', 'Frankfurt a. M.', 'Lombarden', 'Paris', 'Newyork', 'Wien', 'Lyon', 'London', 'Capetown', 'Newyork', 'Wien', 'Lyon', 'London', 'Capetown', 'Newyork'.

Bekanntmachung.

Die am hiesigen Orte die Paketbestellung ausführenden Postschaffner nehmen auf den Bestellfabriken zur Abendung bestimmte gewöhnliche Pakete entgegen.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 26 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesezes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 wird die Durchsicht der Protokolle über die am 8. Juli c. im öffentlichen Wahlkreise der Stadt Breslau abgehaltene Erstwahl für den Reichstag, sowie die Zusammenstellung und Vertheilung der Resultate dieser Wahl.

Der Königl. Wahlcommissarius, Stadtrath und Kammerer von Ysselstein.

Landwirthschafts-Beamte.

ältere unverheiratete, sowie auch namentlich verheiratete, durch die Vereins-Vorstände in den Kreisen als zuverlässig empfohlen, werden unentgeltlich nachgewiesen durch das Bureau des Schles. Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten bierl., Laurenzienstr. 56b. 2. Et. (Kendant Gädner.)

Neu! Für 2 Mark Neu!

24 Blatt Hocus-pocus, 3 Rabau-Wänner, 2 springende Geistesreden gegen Einwendung des Betrages franco.

Gold-Preuß. Lotterie.

Zur bevorstehenden 4. Kl. 160. Preuß. Lotterie. Drig. Viertel-Lose à 7 Mark.

Neu! Für 2 Mark Neu!

24 Blatt Hocus-pocus, 3 Rabau-Wänner, 2 springende Geistesreden gegen Einwendung des Betrages franco.

Gold-Preuß. Lotterie.

Zur bevorstehenden 4. Kl. 160. Preuß. Lotterie. Drig. Viertel-Lose à 7 Mark.

Gold-Preuß. Lotterie.

Zur bevorstehenden 4. Kl. 160. Preuß. Lotterie. Drig. Viertel-Lose à 7 Mark.

